



Der Minister

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidentin des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Frau Carina Gödecke MdL

40221 Düsseldorf

für die Mitglieder  
des Innenausschusses

60-fach

21. November 2016

Seite 1 von 1

Telefon 0211 871-3269

Telefax 0211 871-3068



**Sitzung des Innenausschusses am 24.11.2016**

**TOP 13: „Kriminelle libanesische Großfamilie und Roma-Clan sollen Allianz in Duisburg Marxloh geschmiedet haben“**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

zu TOP 13 der Sitzung des Innenausschusses am 24.11.2016 „Kriminelle libanesische Großfamilie und Roma-Clan sollen Allianz in Duisburg Marxloh geschmiedet haben“ übersende ich den Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Jäger MdL

Dienstgebäude:  
Friedrichstr. 62-80  
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:  
Fürstenwall 129  
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01  
Telefax 0211 871-3355  
poststelle@mik.nrw.de  
www.mik.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,  
836, U71, U72, U73, U83  
Haltestelle: Kirchplatz



**Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales**  
**zum Tagesordnungspunkt**  
**„Kriminelle libanesische Großfamilie und Roma-Clan sollen Allianz in**  
**Duisburg Marxloh geschmiedet haben“**  
**der Sitzung des Innenausschusses am 24.11.2016**

Die Landesregierung hat bereits mehrfach zu Erkenntnissen zu libanesischen Familienverbänden berichtet. Insofern wird insbesondere auf die Vorlagen 16/3428 und 16/3335 verwiesen.

Kriminalitäts- und Einsatzschwerpunkte werden durch die Polizeibehörden kontinuierlich analysiert. So hat das Polizeipräsidium Duisburg bereits seit 2001 den Auswerteschwerpunkt „Mardin Kurden“ bei der Analyse- und Auswertestelle Organisierte Kriminalität eingerichtet. Belastbare Erkenntnisse zu einer organisierten Zusammenarbeit von Mitgliedern libanesischer Familien und rumänischen Staatsangehörigen haben sich dadurch nicht ergeben.

Alle Straftaten werden von der Polizei NRW konsequent verfolgt, unabhängig von Nationalität, Herkunft von Tatverdächtigen. So trifft das Polizeipräsidium Duisburg auf Grundlage der Analyse- und Auswerteerkenntnissen zu libanesischen Staatsangehörigen auch alle notwendigen Maßnahmen der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung. Dabei arbeitet das Polizeipräsidium Duisburg eng mit anderen Behörden, z. B. Ausländer- und Ordnungsamt, Zoll und Steuerfahndung, zusammen. Ergänzend dazu werden spezifische Maßnahmen der Kriminalprävention, wie die Präventionskonzepte „Klarkommen“ und „Kurve kriegen“, durchgeführt.

Die Landesregierung hat im Übrigen bereits in Antworten zu mehreren Kleinen Anfragen und in Sitzungen des Innenausschusses hervorgehoben, dass es in Nordrhein-Westfalen keine rechtsfreien Räume (sogenannte „No-Go-Areas“) gibt. Straftätern wird nachhaltig verdeutlicht, dass das Gewaltmonopol ausschließlich beim Staat und seiner Polizei liegt. Die Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen werden auch weiterhin alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um gegen Störer und Straftäter konsequent vorzugehen und die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten.

Insoweit gibt die Fraktion der CDU die Presseberichterstattung der Rheinischen Post vom 16.11.2016 auch nur unvollständig wieder. Die Fraktion der CDU verschweigt nämlich die Aussage des damit+ zitierten Beamten des Polizeipräsidiums Duisburg: "Die [No-Go-Areas] gibt es nicht. Wir trauen uns überall hin....Natürlich muss man abends etwas vorsichtiger sein. Aber rechtsfreie Räume sind das nicht."